

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

ersch. 3 mal täglich, am Montag früh. — Bezugspreis: Abnehmer monatlich 1.20 M., vierteljährlich 3.00 M., durch Träger und ausm. Vertretungen frei. Einzelhefte 1.20 M., vierteljährlich 4.50 M. Durch die Post bezogen monatlich 1.40 M., vierteljährlich 4.50 M. ohne Postgebühren. Einzelnummer 10 Pf.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Druckgeschäftsstelle: Wiesbaden, Nikolastr. 11. Central Nr. 5015, 5016, 5017. — Anzeigenpreis: In Wiesbaden und Provinz Hessen-Nassau 25 Pf., Reichweite 1.—M.; außerhalb 30 Pf., Reichweite 1.20 M. Seitenpreise u. Rabatt laut Tarif. Sonderbeilagen 6 M. pro 1000.

Nummer 38

Donnerstag, 23. Januar 1919.

73. Jahrgang.

Die preussische Landesversammlung.

Neben der Nationalversammlung des Deutschen Reiches tagen die Landesversammlungen der einzelnen Bundesstaaten. Ihre Aufgabe ist es, die Verfassung der Einzelstaaten und ihre künftigen Beziehungen zum Reich festzulegen. Die Nationalversammlung für das Deutsche Reich hat natürlich die größere Bedeutung. Baden, Bayern, Württemberg, Hessen und fast alle anderen Bundesstaaten haben ihre Landesversammlung schon gewählt; in Baden ist die Landesversammlung bereits zusammengetreten. Am nächsten Sonntag finden die Wahlen zur preussischen Landesversammlung statt. Die Wahlen gehen genau in der gleichen Weise und nach den gleichen Vorschriften wie die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung vor sich. Wenn ihre Bedeutung auch nicht an die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung heranreicht, so ist die Pflicht zur Wahl doch nicht weniger groß. Denn auch hier wie bei den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung gilt es den Kampf gegen die Gefahren des Sozialismus. Anstelle des früheren Herrenhauses und des Abgeordnetenhauses tritt künftig nur eine Kammer, die Landesversammlung mit 403 Abgeordneten gegenüber 443 im früheren Abgeordnetenhaus. Hessen-Nassau, mit dem Kreis Wehlar, aber ohne die Kreise Schaumburg und Schmalkalden, wählt 22 Abgeordnete, und zwar nach genau dem gleichen Wahlverfahren wie bei den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung. Ostpreußen wählt 21, Westpreußen 17, Brandenburg ohne Berlin 10, Pommern 17, Posen 21, Schlesien 52, Sachsen 31, die Stadt Berlin 21 Abgeordnete. Die Zahl der Abgeordneten ist in den übrigen Provinzen fast vermindert worden. Schleswig-Holstein wählt 12, Hannover 20, Westfalen 43, Rheinprovinz 71. Wahlberechtigt ist, wie schon bekannt gemacht, jeder Deutsche, der seinen Wohnsitz in Preußen hat, ohne Rücksicht auf die Dauer seines Aufenthalts und Rücksicht, ob er die preussische Staatsangehörigkeit besitzt oder nicht.

Die hessen-nassauischen Listen zu den Wahlen für die Landesversammlung.

Für die Wahlen zur preussischen Landesversammlung sind folgende sechs Listen mit je 22 Kandidaten amtlich zugelassen:

1. Liste Gebets- und Kasse (Deutsche Volkspartei),
 2. Liste Graf (Rechtssozialdemokraten),
 3. Liste Rade (Demokratische Partei),
 4. Liste Ritter (Deutschnationale Partei),
 5. Liste Schwarz (Zentrum),
 6. Liste Sander (Unabhängige).
- Verbunden sind die Listen 1, 4 und 5. Die Wahl vollzieht sich in der gleichen Weise wie am letzten Sonntag.

Die Wahlen zur Nationalversammlung.

Nach den vorläufigen nichtamtlichen Meldungen können bis jetzt als gewählt gelten 319 Abgeordnete aus 28 Wahlkreisen. Die Abgeordneten verteilen sich auf die Parteien folgendermaßen:

Mehrheitssozialisten	192
Unabhängige	22
Deutsche demokratische Partei	58
Zentrum	57
Konservative	28
Nationalliberale	14

Vorläufiges Ergebnis in Hessen-Nassau.

Das vorläufige Ergebnis der Wahl im 10. Wahlkreis Hessen-Nassau ist in den bis jetzt vorliegenden Bezirken folgendes: 298 075 Demokraten, 447 800 Sozialdemokraten, 107 508 Zentrum, 99 914 Deutsch-Nationale, 72 149 Deutsche Volkspartei, 43 425 Unabhängige, 323 Sozialistische. Wenn sich an diesem Stimmverhältnis nichts mehr ändert, würden die Mandate sich folgendermaßen verteilen: Sozialdemokraten 7 Sitze, die Demokraten 3, die verbundenen Rechtsparteien 5 Sitze, wovon 3 auf das Zentrum, 1 auf Nationalliberale und Konservative entfallen. Es fallen mit Ausnahme von Höchst, Unterhainhausen und Wiesbaden Stadt und Land noch drei Kreise des besetzten Gebietes.

Zum Tode Liebknechts.

Das Ergebnis der Untersuchung lautet: Von hinten erschossen.

WTB. Berlin, 20. Jan.

Auf Grund der vorgenommenen Obduktion der Leiche Liebknechts, haben Geheimrat Dr. Straßmann, Vorsteher des Gerichts des medizinischen Fakultäts und der Gerichtsarzt des Kreises Teltow, Dr. Hugo Marx, nachstehende „vorläufige Gutachten“ abgegeben: 1. Der Verstorbenen erlitt drei Schussverletzungen von denen eine die Lunge und eine das Gehirn durchbohrte. Der dritte Schuss verursachte keine schwereren Verletzungen. Der Tod ist auf Hirn- und Schädelverletzungen zurückzuführen. 2. Der Schuss durch den Kopf traf zuerst den Schädel und ist an der Stirn herausgetreten. Es spricht nichts dagegen, daß die Schüsse in den Rumpf am Rücken eingetreten und vorn angefallen sind. Der Befund unterstützt sogar diese Annahme. 3. Die vorstehende Schädelverletzung wird durch den Schuss vollkommen erklärt. Anhaltspunkte für schwere Verletzung durch stumpfen Gewalt sind nicht vorhanden. 4. Auf Befragen: Die Lage der Schussöffnung am Rumpf spricht dafür, daß die Schüsse in schräger Richtung und dabei von links nach rechts gefallen sind. 5. Ueber die Entfernung, aus der die mit rauchschwarzem Pulver abgegebenen Schüsse gefallen sind, läßt sich nur sagen, daß sie aller Wahrschein-

lichkeit noch nicht aus nächster Nähe, das heißt unter 25 Zentimeter abgegeben worden sind. 6. Auf die von Dr. Theodor Liebknecht gestellte Frage, ob die Schüsse abgegeben worden sind, während der Verhörprobe stand, ging oberst Kef, antwortend die Sachverständigen: „Hierauf läßt sich aus der Leichensichtung kein Schluß ziehen.“ Diesen vorläufigen Gutachten haben sich die angezogenen Sachverständigen Geheimrat Professor Bier und Oberleibartzarzt Voigt angeschlossen. Das Mitglied der U. S. P. D. Wegmann vom Berliner Volksrat setzte gleichfalls seine Unterschrift auf das Protokoll.

Von der Garde-Kavallerie-Schützen-Division erfahren wir dazu folgendes: Der Befund hat ergeben, daß die „Freiheit“ ihre Darstellung ohne wichtige Unterlagen aus vorläufigen Gutachten veröffentlicht hat. Wie die Division weiß, ist der namhafteste Führer der U. S. P. D. nach der Obduktion selbst zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Tötung Liebknechts als Kollisionsstoff nicht länger verwendet werden kann.

10 000 Mark Belohnung für die Aufklärung der Todesumstände.

TU. Berlin, 19. Jan.

Der Tod Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs beschäftigt das Gericht der Garde-Kavallerie-Schützen-Division, deren Ermittlungen von der Berliner Kriminalpolizei unterstützt werden, ohne daß es bisher gelungen ist, die Vorgänge zu klären. Auch alle Abfahrungen der Gewässer des Tiergartens nach der verschwundenen Leiche der Frau Dr. Luxemburg, waren bisher ohne Ergebnis. Zur Aufklärung des Todes erlief das Gericht zur Mitarbeit der Großberliner Einwohnerschaft einen Aufruf und setzt für sachdienliche Mitteilungen eine Belohnung von 10 000 Mark aus.

Die Deutsche Volkspartei und die preussische Landesversammlung.

Große Versammlung der „Deutschen Volkspartei“ im Saale der Turngesellschaft.

Die Karl das Interesse für die am nächsten Sonntag stattfindenden Wahlen zur preussischen Landesversammlung ist, zeigte die getribe öffentliche Wählerversammlung der Deutschen Volkspartei, die den großen Saal der Turngesellschaft wieder bis auf den letzten Platz füllte. Erkennenswerterweise war auch die Beteiligung der Frauen wieder sehr groß, woraus deutlich zu erkennen ist, wie eifrig die Frauen sich bemühen, ihre politischen Kenntnisse zu erweitern. Ein vielversprechendes Zeichen für die Zukunft!

Von den fünf Rednern, die für den Abend vorgesehen waren, ergriff als erster

Rechtsanwalt Krüde,

in dessen Händen auch die Zeitung der Versammlung lag, das Wort um zunächst einen Rückblick auf die Wahlen zur Nationalversammlung zu werfen und als besonders erfreuliches Merkmal hervorzuheben, daß die unabhängigen Sozialdemokraten nicht so gut abgeschnitten haben, wie sie es erwartet hatten. Es zeige dies den gesunden Sinn, der noch im deutschen Volke lebt und, der die Spartaisten nicht in der Leitung des Reiches sehen will. Wenn die Deutsche Volkspartei nicht so gut abgeschnitten habe, so trage der Umstand die Hauptschuld, daß aus verschiedenen Gründen die rechtzeitige Agitation der Partei stark behindert war. Immerhin aber könne man mit dem Ergebnis zufrieden sein; und namentlich die Tatsache, daß die Frauen zu Gunsten der Deutschen Volkspartei eine ausschlaggebende Rolle gespielt haben, zeige, daß die Partei einen großen Rückhalt in der Bevölkerung habe und daß man mit Vertrauen in die Zukunft blicken könne. Der Redner ging sodann zu einer Betrachtung der im ganzen Deutschen Reich einzuschlagenden Politik über und erklarte in der Sozialisierung des Staates, in der Radikalisierung des politischen Lebens die höchste Gefahr für unsere zukünftige Entwicklung. Wenn die Demokratische Partei sich entschließen werde, mit der Sozialdemokratie zusammenzugehen, wie ihre führenden Blätter es empfehlen, dann werden viele Wähler erkennen, wie falsch es war, sich bei der Wahl nach der demokratischen Seite hin zu entscheiden. Zu den Aufgaben der zukünftigen preussischen Landesversammlung übergehend, betonte der Redner, daß den einzelnen Bundesstaaten im Kirchen- und Schulwesen, in der Verwaltungsgesetzgebung, der Ernennung der Beamten, der Wohnungsfürsorge, der Fürsorge für den Mittelstand und auf wirtschaftlichem Gebiete ein breites Feld der Betätigung liege. Dagegen sei es Sache des Reiches, nach dem Beispiel der Reichspost und der Reichsbank das Eisenbahn- und Verkehrswesen sowie die bürgerliche Gesetzgebung einheitlich für das ganze Reich zu gestalten. Die Aufteilung Großpreußens in einzelne Freistaaten sei sehr bedenklich. Nur in einem großen Staat sei das Fortkommen des Einzelnen als gesichert anzusehen. Auch unsere Stadt Wiesbaden verdanke ihren Aufschwung erst der Zeit, als es unter dem Schutze des starken Preußens gestanden habe und von dem letzten Träger der preussischen Krone mit besonderer Vorliebe ausgezeichnet wurde. (Lebhafte Zustimmung) Unter starkem Beifall der Zuhörer erinnerte der Redner an die vorbildliche Pflichttreue und Unbeflecktheit des preussischen Beamtenstandes, das den eigentlichen Kern eines geordneten Staatswesens bilde, und in gleicher Weise unter der von demokratischer Seite angeführten wahlweisen Ernennung der Minister und Beamten niemals in die Erscheinung zu treten vermag. Zum Schluß betonte der Redner, daß die Deutsche Volkspartei durchaus auf liberalem Boden stehe und auch in der Berufsfrage der Frauen dahin strebe, den Frauen den Eintritt in öffentliche Ämter in Kommunen und Verwaltung zu ermöglichen. Mit der Ver-

sicherung, auch weiterhin den Wahlkampf nur rein sachlich zu führen und das Banner der Deutschen Volkspartei unentwegt hochzuhalten, schloß der Redner, dessen Ausführungen von lebhaftem Beifall ausgezeichnet wurden.

Als zweiter Redner des Abends sprach

Geheimer Studienrat Dr. Maurer.

Er wies einleitend darauf hin, daß die Revolution nichts als Unordnung im deutschen Reich gebracht habe, und daß es höchste Zeit sei, wieder Ordnung und Ruhe im Land zu schaffen. Die Finanzierung unseres Wirtschaftslebens und der innere Ausbau des Reiches auf gesetlicher Grundlage seien die ersten Aufgaben, die zu erfüllen seien. Der Grundstein zu dem Neubau, den wir jetzt auf den Trümmern des alten Vaterlandes errichten müssen, ist gelegt worden durch die Wahlen zur Nationalversammlung. Der Geist der Einheit, der uns bisher zusammengehalten und in den vier Kriegsjahren gewaltige Taten und große Opfer mit reiner Hingebung an das Vaterland erbracht hat, er wird auch unserem Volke den Weg zeigen, wie Deutschlands Zukunft gesichert zu werden vermag. Wenn die Schladen und der Schmutz erst entfernt sind, dann wird das edle Metall im deutschen Volke wieder rein zur Geltung kommen. Vor allen Dingen muß festgehalten werden an der Reichseinheit, an dem großen nationalen Gedanken, ohne den ein Volk nie zu voller Wertschätzung gelangen kann. Die Liebe zu dem Vaterland muß der Leitstern sein, der uns beim Wiederaufbau unserer nationalen Einrichtungen voranleitet. Aber schon machte sich eine Verwirrung der Geister bemerkbar. Die Zerstückelung des preussischen Staates, die von gewisser Seite als betrieben werde, werde ein Unglück für das ganze Reich sein. Wohl habe Preußen zu verschiedenen Zeiten versagt, als es galt, dem Volke die verlangte verfassungsmäßige Freiheit zu gewähren. Die Männer der preussischen Regierung, die sich dagegen wehrten, haben den Geist der Zeit nicht verstanden. Aber dennoch sei es ein politischer Verstoß, aus einer augenblicklichen Mißstimmung heraus das alte Preußen zerstückeln und in Einzelstaaten aufzuteilen zu wollen. Gerade bei einer Abspaltung der wehrlichen Teile könne die Gefahr eines ostelbischen Partikularismus und einer Reaktion entstehen. In der demokratischen Grundlage des neuen Preußen sei nicht mehr zu rücken. Aber die Form der Demokratie allein verbiete nicht Volkstanz und Wut; diese Garantien böten nur die sittlichen Kräfte, die innerhalb der demokratischen Form neu erweckt werden müssen. Die Gefahr der Demokratie liege in ihren Konsequenzen, die schließlich in den Kommunismus führen. In dieser Gefahr trete unser Mangel an nationalem Instinkt, an Wachstumsgefühl für die Durchsetzung unserer Interessen. Um uns vor den Gefahren der Demokratie zu schützen, müßten wir auch ein politisch denkendes Volk werden. Nur das Volk im Ganzen ist souverän. Das ist die Grundtatsache der Demokratie. Mit Worten der Zuversicht, daß wir aufsteigen werden zu einem schöneren Deutschland der Zukunft, schloß Dr. Maurer seine eindrucksvollen Ausführungen, die mit stürmischer Zustimmung bedacht wurden.

Dekan D. Beesenmeyer

als nächster Redner machte die Frage der Trennung von Staat und Kirche zum Gegenstand seiner Ausführungen. Das Fundament des Staates seien die sittlichen Kräfte, die Achtung vor der Autorität, Gehorsam gegenüber dem Gesetz, Gemeinnutz, Pflicht, Treue usw. Pflege und Schutz dieser Kräfte sei Aufgabe der Kirche. Deshalb seien auch die Zuschüsse des Staates an die Kirche wohl begründet. Im Interesse des Staates liege auch die Erhaltung des Religionsunterrichts in der Schule. Von der Harde der geistlichen Schulaufsicht trenne er sich jedoch ganz fern. Der Redner schloß mit dem Wunsch, daß es der deutschen und der preussischen Volkspartei gelingen werde, uns ein Haus zu bauen, in dem wir ruhig wohnen und auch unsere Kinder und Kinderkinder glücklich sein können. Auch ihm wurde für seine vortrefflichen Darlegungen lebhafter Beifall zuteil.

Sodann ergriff

Fräulein Thella Jagen

die als Kandidatin auf der Liste der Deutschen Volkspartei steht, das Wort und vertrat in eindrucksvoller Rede die Forderungen auf Gleichstellung der Frau im öffentlichen und privaten Leben, auf gleiche Wertung der Frauarbeit mit der Arbeit des Mannes. Sie befürwortete aufs wärmste die soziale Hebung der arbeitenden Frau. Die Lösung dieser Aufgaben würden der preussischen Landesversammlung zufallen; es sei deshalb die Pflicht aller Frauen ihr Wahlrecht auszuüben. Die Kandidaten der Deutschen Volkspartei würden für die Vertretung der Forderungen der Frau Genähr bieten.

Zum Schluß sprach

Stadtrat Meier

über Volkspartei und Mittelhandspolitik. Für Staat und Gemeindebeamte, für Lehrer und behördlich Angestellte fordere die Volkspartei ausreichendes und gesichertes Einkommen. Gehalt und Lohn der Angestellten und Arbeiter müßten der Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft angepasst sein. In fordern sei Ausbau der sozialen Gesetzgebung, Schaffung eines neuen Arbeitsrechts, Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten an allen sie selbst betreffenden Fragen, unter Umständen auch Mitwirkung an der Verwaltung großer Betriebe. In der Landwirtschaft müsse durch Aufteilung des Großgrundbesitzes eine großzügige Utebelungspolitik getrieben werden. Für die Wiederanrichtung und Erhaltung der selbständigen kaufmännischen und gewerblichen Mittel- und Kleinbetriebe müßten umfassende Maßnahmen getroffen werden.

Rechtsanwalt Krüde schloß kurz nach 9 Uhr die in allen Teilen glänzend verlaufene Versammlung mit der dringenden Mahnung, am nächsten Sonntag bei der Wahl zur preussischen Landesversammlung einmütig für die Deutsche Volkspartei zu stimmen: Liste Gebets- und Kasse.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 23. Januar.

Die Raschierung der Mähe und Gewichte, sowie Wagen usw. findet zur Zeit für das 1. Polizeirevier statt und dauert bis zum 29. Januar. Es ist den Besitzern von einschlägigen Gegenständen in diesem Revier Gerechtigkeit gegeben, dieselben nachprüfen und umtempeln zu lassen. Das Eichamt, Luisenstraße 26, ist zu diesem Zweck vormittags von 8 1/2 bis 12 Uhr zur Annahme geöffnet. Die Beteiligten werden hiernächst nochmals besonders an die Raschierung erinnert, damit ihnen bei später stattfindenden Revisionen Unannehmlichkeiten und Strafen erspart bleiben.

Entlassung des Jahrganges 1898. Nach einem neuen „Armeeverordnungsblatt“ ist aus den nicht mobilen Normationen des Heimatheeres der Jahrgang 1898 in der Zeit vom 15. Januar bis 28. Februar zu entlassen, soweit Sicherheits-, Kranken- und Arbeitsdienst, Gefangenenerziehung und Grenzschutz sowie die Abwicklung der Mobilmachungsgeschäfte es zulassen, jedoch unter Vorbehalt der Wiedereinziehung derjenigen Personen, die ihrer gesetzlichen aktiven Dienstpflicht noch nicht voll genügt haben.

Allgemeine Ortskrankenkasse. Im Anzeigenteile macht die Kasse bekannt, daß die Geschäftsstelle, Pfäfersstraße 12, vom Montag den 27. ds. Mts. ab von 8 1/2-12 Uhr vormittags und von 2-4 Uhr nachmittags für das Publikum geöffnet ist. An- und Abmeldungen, sowie Zahlungen werden nur vormittags angenommen. Das Krankengeld gelangt Samstag, in der Zeit von 8 1/2 Uhr vormittags bis

1 1/2 Uhr nachmittags ohne Unterbrechung zur Auszahlung. Beitragszahlungen werden Samstag nicht angenommen. Um dem großen Andrang an der Kasse vorzubeugen, der hundentlanges Warten zur Folge hat, empfiehlt es sich, die Beiträge durch die Post einzuzahlen, in welchem Falle der Sendung 5 Pfa. Bestellgeld auszureichen sind.

Das Spiel mit dem Feuer. Die Feuerwache wurde gestern abend um 1/2 11 Uhr nach dem Spielplatz an der Nicolaststraße gerufen, um einen brennenden Schutthaufen zu löschen. Vermutlich haben spielende Kinder das Feuer angezündet und waren, als sie dieselben nicht mehr Herr werden konnten, davongelaufen.

Israelitische Gottesdienste.

Israel. Kultusgemeinde, Synagoge: Michelberg. Gebete, i. d. Hauptstadt, Freitag, abends 7 Uhr; Sabbat: morgens Remondwehe und Schriftlesung 9 Uhr, nachm. 3 Uhr, abends 5 Uhr. — Gottesdienst im Gemeindefest: Wochentage: morgens 7 Uhr, abends 4 Uhr. — Die Gemeindefesttage sind geöffnet: Dienstag nachm. von 3 bis 4 Uhr.

Mit. Israelitische Kultusgemeinde, Synagoge: Friedrichstraße 22. Freitag, abends 8 1/2 Uhr; Sabbat: morgens 8 Uhr; Freitag 10 Uhr; nachm. 2.30 Uhr; abends 5 Uhr. Sonntags: morgens 8 1/2 Uhr, abends 3.30 Uhr.

Kurhaus, Theater, Vorträge, Vereine, usw.

Kurhaus. Infolge der Verkehrsschwierigkeiten muß das für Freitag dieser Woche in Aussicht genommene Konzertspektakel ausfallen. Es findet um 4 und 8 Uhr Abonnementskonzert statt.

Raff. Landestheater. Am Montag, 27. Januar findet der 9. Aufführungstag statt. Zur Aufführung gelangt Webers romantische Oper „Der Freischütz“. Es gelten folgende Volks-(Opern)-Preise: Amphitheater u. 3. Rang 2. Reihe Seite und 3. u. 4. Reihe — 50 A., 3. Rang 1. Reihe u. 2. Reihe Mitte

— 75 A., 2. Rang, auschl. 1. Reihe, u. Parterre 1.— A., 2. Rang 1. Reihe 1.50 A., Parterre 2.— A., Orchesterlokal 3. Rang auschl. und Seitenlogen 2.50 A., Mittellogen und Fremdenloge 3.— A. Der Vorverkauf beginnt am Fortstellungstage vormittags 8 Uhr. Eine Vorverkaufsgeld wird nur auf Plätze von 1.50 A. und höher erhoben.

Aus den Vororten.

Rambach. Holzversteigerung. Die am 16. Januar stattgehabte Holzversteigerung im Distrikt 20 Johannisgraben hat einen Erlös im Gesamtbetrag von 17.398 Mark. Der Durchschnittspreis betrug für 4 Raummeter Buchenholz 165 Mark, Knüppelholz 4 Raummeter 100 Mark, Eichenholz 100 Mark, Kieferholz 55 Mark. Im Distrikt 21 betrug der Durchschnittspreis für 100 Beilen 48 Mark.

Aus Nassau und Nachbargebieten.

Pe. Rausch, 23. Jan. Todesfall. Bürgermeister Presber ist hier im Alter von 79 Jahren gestorben.

Schriftleitung: Bernhard Grothaus. Verantwortlich für deutsche und ausländische Politik: B. Grothaus. Verantwortlich für Kunst, Wissenschaft, Unterhaltung- und volkswirtschaftliche Angelegenheiten: E. E. E. Verantwortlich für Stadt- und Landnachrichten, Bericht vom Spott: L. B. Hans Hünke; für die Angelegenheiten des Reichs: H. H. H. Verantwortlich für die Angelegenheiten des Reichs: H. H. H. Druck u. Verlag der Wiesbadener Verlag-Anstalt G. m. b. H. Wasserstände am 22. Januar: Mainz 1.48, Bingen 2.48, Rheingau 2.85, Koblenz 3.12, Köln 3.31, Düsseldorf 3.31, Würzburg 1.53, Frankfurt 2.30 Meter.

Deutsche demokrat. Partei.

Wähler- versammlung

Samstag, den 25. d. Mts., 7 Uhr abends
im Saal der Turngesellschaft, Schwalbacher Straße 8.

Die Neugestaltung Preußens.

Redner:

Bürgermeister Luppe, Frankfurt a. M.
 Professor Schücking, Frankfurt a. M.
 Frau Dr. Schulz, Frankfurt a. M.
 Fabrikant Albert Sturm, Wiesbaden.

Neuanfertigung sowie Aufarbeiten aller Haararbeiten, auch vom eigenem Haar.

**Damen-
Friseur Dette**
Michelberg 6. [9722]

Eleg. Blumen

für Toiletten und Hüte, stets Neuheiten. Brautkränze in allen Preislagen, lose Myrten u. Blüten, Vasenblumen und Laubweige für Zimmerdekoration.

B. von Santen
Kunstblumengeschäft [1813]
Friedrichstraße 47.

Reparaturen best. Lederwaren, Brieftaschen, Geldbörsen, etc., übern. Offenbacher Lederwarenhäuser W. Reichelt, Gr. Burgstr. 6. [1725]

Uniformen,

Militärmantel u. verk. Paagner.
Raimeyer Straße 98 im 1.-2.
Seld gibt A. Meine. Luisen-
straße 14. Tel. Vari. [1919]

Zurückgekehrt

Dr. Schöneiseffen

Nikolasstraße 10

Sprechzeit 8-10, 3-4. [9754]

Beleuchtungskörper

modern, große Auswahl, billige Preise.

Flack, Luisenstraße 44, [7088]
neben Residenztheater.

Allgemeine Ortskrankenkasse.

Es wird zur Kenntnis gebracht, daß von Montag, den 27. Januar cr. ab die Geschäftsstunden nach westeuropäischer Zeit wie nachstehend festgelegt sind:

8 1/2 bis 12 Uhr vormittags,
2 bis 4 Uhr nachmittags.

An- und Abmeldungen, sowie Zahlungen werden nur vormittags angenommen. Der Kassenvorstand.

Bekanntmachung

betr. Wahlen zur preussischen Landes-
versammlung.

Für die Wahlen zur verfassunggebenden preussischen Landesversammlung werden in 19 Wahlkreisen nachstehende Wahlgeschlösser und ihre Verbindungen zugelassen:

I. Wahlvorstand Gebelhaus:

1. Oberbürgermeister a. D. Eugen Gebelhaus, Hanau a. M.
2. Dr. Wilhelm Ferdinand Kalle, Chemiker, Friedrich a. M.
3. Landwirt u. Bürgermeister Georg Thielmann, Stadt (Unterlahnkreis).
4. Rektor Wilhelm Schwarzbaum, Frankfurt a. M.
5. Fabrikant und Stadtverordneter Hermann Humbert, Wehlar.
6. verw. Frau Professor Naomi Joseph, geb. Candidus, Marburg.
7. Stadtbauinspektor Hans Wacker, Frankfurt a. M.
8. Rotenführer Theodor Schröder, Heddolshausen b. Limburg.
9. Uhrmacher Ernst Gerlach, Wehlar.
10. Kaufmann u. Stadtverordneter Ansgit Wesel, Saiger.
11. Lehrerin Thelma Hagen, Wiesbaden.
12. Bürgermeister Otto Klein, Neffhausen.
13. Rektor Philipp Kern, Bad Domburg v. d. Höhe.
14. Amtsgerichtsrat Hoyer, Windeden bei Hanau.

15. Hermann Jakob Dink, Münster bei Weiburg.
16. Ständedirektor Hermann Schröder, Riedersheim bei Ems.
17. Hauptlehrer D. Hofmann, Garbenheim, Kreis Wehlar.
18. Werkmeister Gustav Müller, Staatsbahnwerkstätten, Limburg.
19. Wilhelmine Brunsfeld, Geschäftsinhaberin, Cassel.
20. Landwirt und Stadtrat Georg Christian, Unterliederbach.
21. Realschuldirektor Dr. Kshentel, Gelnhausen.
22. Sanftbeamter Gustav Boel, Frankfurter Viehmarktbank, Frankfurt a. M.

II. Wahlvorstand Gräb:

1. Gräb, Eduard, Arbeitersekretär, Frankfurt a. M.
2. Gausch, Richard, Stadtverordneter, Cassel.
3. Schneider, Eduard, Goldarbeiter, Hanau.
4. Weber, Andreas, Schmied, Griesheim.
5. Gae, Pina, Ehefrau, Frankfurt a. M.
6. Gräb, Albert, Gewerkschaftssekretär, Cassel.
7. Gae, Otto, Gewerkschaftsbeamter, Wiesbaden.
8. Kuhn, Christof, Lehrer, Frankfurt a. M.
9. Wittich, Heinrich, Varietätsekretär, Frankfurt a. M.
10. Jordan, August, Rentant, Cassel.
11. Pittroch, Christian, Privatsekretär, Cassel.
12. Kunde, Arthur, Werkmeister, Schlüchtern.
13. Arus, Adam, Kriegsinvalide, Hildesheim.
14. Walter, Anton, Finanzbeamter, Zoden (Zanuns).
15. Köhler, Karl, Mechaniker, Wehlar.
16. Schmidt, Marie, Frau, Hanau.
17. Quadt, Louis, Stadtverordneter, Widenhausen.
18. Müller, Romanus, Kassenbeamter, Frankfurt a. M.
19. Meier, Jakob, Brauer, Oberwehren.
20. Scheffer, Georg, Fabrikarbeiter, Viehrieh a. Rh.
21. Otto, Adam, Schriftföher, Marburg.
22. Copermann, Heinrich, Landwirt und Gärtner, Ohshausen.

III. Wahlvorstand Kade:

1. Dr. theol. Martin Kade, Pfarrer a. D., Universitäts-Professor, Marburg a. d. Lahn.
2. Heinrich Ehlers, Kaufmann, Frankfurt a. M.
3. Heinrich Kimpel, Lehrer, Cassel.
4. Emil Goll, Gastwirt, Frankfurt a. M.
5. Dr. Ludwig Heilbrunn, Rechtsanwalt, Justizrat, Frankf. a. M.
6. Albert Köhn, Bahnassistent, Cassel.
7. Julie von Kästner, Schulvorsteherin a. D., Cassel.
8. Karl Friedrich Fortk, Landwirt, Niederwehen bei Dies.
9. Dr. Hans Trummer, Handelskammer-Präsident, Frankf. a. M.
10. Karl Bild, Oberbürgermeister, Hanau.
11. Robert Büchting, Landrat, Limburg a. L.
12. Wilhelm Jüngst, Mechaniker, Herborn.
13. Friedrich Harth, Eisenbahn-Werkführer, Frankfurt a. M.
14. Meta Gabelmann, Privatangestellte, Frankfurt a. M.
15. Karl von der Enden, Obermeister der Glaserinnung, Frankfurt a. M.
16. Dr. Max Hufbaum, Rechtsanwalt, Hanau.
17. Heinrich Kungelshofer, Landwirt, Auenhau bei Wetter.
18. Dr. Wilhelm Wendland, Syndikus, Berlin.
19. Friedrich Walter, Seminaroberlehrer, Schlüchtern.
20. Paul Kühne, Landesverehelike, Cassel.
21. Adolf Weik, Landwirt, Mademühlen (Dillkreis).
22. Baltasar Rißm, Eisenbahnassistent, Fulda.

IV. Wahlvorstand Ritter:

1. Dr. Karl Ritter, Pfarrer, Niederwehren.
2. Schriftföher Ludwig Werner, Niederwehren und Berlin-Schöneberg.
3. Lokomotivführer Friedrich Ged, Cassel.
4. Lehrer Harry Blume, Cassel.
5. Bürgermeister Friedrich Wilhelm Neu, Seiters b. Weiburg.
6. Privatbeamter Julius Edelku, Frankfurt a. M.
7. Studienrat Heinrich Hofmann, Cassel.
8. Frau Dr. phil. Christiane Rosald, Marburg a. Lahn.
9. Eisenbahnarbeiter Peter Gerhard, Dillenburg.
10. Buchbinder August Sonnenschein, Marburg a. Lahn.
11. Schmiedemeister Jakob Stehl, Trebsa.
12. Detlev Georg Adam Christian, Biedenkopf.
13. Landwirt Wilhelm Claus II, Navelshausen (Kreis Danau).
14. Oberpostkassener Nikolaus Weil, Cassel.
15. Landwirt und Gemeindevorsteher Adam Tsch, Kaden (Kreis Wehlar).
16. Amtsgerichtsrat Johann Karl Dragsberger, Schlüchtern.
17. Fräulein Lehrerin Hilda Georl, Frankfurt a. M.
18. Landwirt Möhn, Dautern (Zanuns).
19. Studienrat Ernst Gerlach, Domburg v. d. Höhe.
20. Oberlehrer Dr. Hans Weber, Marburg a. Lahn.
21. Oberrealschuldirektor Dr. Wilhelm Israel, Oberursel (Zem.).

V. Wahlvorstand Schwarz:

1. Jean Albert Schwarz, Mittelschullehrer, Frankfurt a. M.
2. Andreas Kriel, Amtsgerichtsrat, Fulda.
3. Heinrich Herkenrath, Redakteur, Limburg a. Lahn.
4. Konrad August Drinnenberg, Rechnungsrat, Fulda.
5. Eskar Weirup, Rechtsanwalt, Ronneburg.
6. Hermann Joseph Geil, Bauunternehmer und Oberlehrling, Fulda.
7. Dr. Otto Hindrichs, Kreisamtsinspektor, Höchst a. M.
8. Johann Weimer, Ausläufer, Hanau, Langstr. 25.
9. Karl Zuntel, Wegereameister, Fulda.
10. Georg Kumpel, Landwirt u. Bürgermeister, Biedenkopf.
11. Georg Gotthardt, Volkswirtschaftler, Frankfurt a. M., Heibelstraße 82.
12. Peter Schmitt, Lehrer, Fulda.
13. Leopold Kumpel, Amtsrichter, Camberg, Nassau.
14. Dr. med. Kaspar Müller, Arzt, Hanbach, Westertwald.
15. Frau Helene Dux, Fulda, Heibelstraße 20.
16. Ludw. Hauthner, Rechtsanwalt, Frankf. a. M., Scheffelstr. 1.
17. Emil Aker, Pfarrer, Fulda.
18. Adolf Gild, Pfarrer, Niederwehen.
19. Alfred Bürgermeister u. Landwirt, Widingen, Oberwehlermühl.
20. Wilhelm Kählins, Landwirt, Poppenhausen (Höbn).
21. Adam Dill, Lokomotivführer, Limburg a. L.
22. Damian Heurich, Landwirt, Rommers b. Aushof.

VI. Wahlvorstand Sander:

1. Toni Sander, Handlungsgehilfin, Frankfurt a. M., Altonastraße 11.
2. Heinrich Stittmann, Gewerkschaftsbeamter, Frankfurt a. M., Luisenstraße 115.
3. Friedrich Sanderbader, Parteisekretär, Hanau, Mühlstr. 2a.
4. Richard Wid, Lagerhalter, Oberursel, Eppelheimer Straße 2a.
5. Jakob Kreis, Betriebsleiter, Wiesbaden, Wagramstraße 20.
6. Heinrich Geriel, Eisenbahnbauarbeiter, Frankfurt a. M., Heilmer Straße 18.
7. Frau Elisabeth Schulz, Frankfurt a. M., Reibhölzerstr. 20.
8. Georg Bedenbach, Metallarbeiter, Dörnigheim, Wilhelmstr. 11.
9. Fridolin Ardanna, Kolonnenmeister, Fulda, Leisiger Str. 4.
10. Karl Fohmann, Dreher, Volkshaus, Kaffeler Str. 54.
11. Georg Hermann, Gewerkschaftsbeamter, Frankfurt a. M., Marburger Straße 16.
12. Heinrich Kump, Fabrikarbeiter, Herborn (Dillkr.), Mühlbach.
13. Richard Böler, Tischler, Marburg, Heberbad 30.
14. Heinrich Zimmermann, Former, Niederwehren, Schulstr. 11.
15. Robert Dismann, Bezirkssekretär, Frankfurt a. M., Heibelstraße 11.
16. Otto Schmidt, Schreinermeister, Raunsbach, Dr. Wehlar.
17. Konrad Vana, Elektromonteur, Frankfurt a. M., Leibnizstr. 11.
18. Fritz Schönic, Schleifer, Nöbelsheim b. Frankfurt a. M., Rißmannstraße 58.
19. Rosa Ottenleier, Handlungsgehilfin, Frankfurt a. M., Heibelstraße 25.
20. Heinrich Mehl, Zimmerer, Viehrieh, Kurfürstenstraße 4.
21. Albert Kämp, Radierer, Frankfurt a. M., Bergerstr. 20, 4.
22. Franz Götter, Lagerhalter, Wiesbaden, Dohbeimer Str. 24.

Verbunden sind die Wahlvorstände

I. Gebelhaus, IV. Ritter, V. Schwarz.

In der Auswahl der Bewerber ist der Wähler befreit, wenn dem die Namen auf den einzelnen Stimmzetteln nur einem einzigen der öffentlich bekannt gegebenen Wahlvorstände entnommen werden können. Er muß sich also zu einem dieser Wahlvorstände bekennen.

Die verbundenen Wahlvorstände bleiben bei der Wahl vollständig. Auch hierbei dürfen nur Namen aus einem einzigen Wahlvorstand entnommen werden.

Erst bei Verteilung der Abgeordnetenstimmen gelten die verbundenen Wahlvorstände den anderen Vorständen gegenüber als Wahlvorstand.

Cassel, den 20. Januar 1919.

Der Wahlgeschlösser des 19. Wahlkreises für die Wahlen zur verfassunggebenden preussischen Landesversammlung, von Lense, Beckmann, Leineweber, Weibe, Winter. Wird veröffentlicht.

Wiesbaden, den 22. Januar 1919.

Der Magistrat.